

**Thema: Geographical coverage of broadband
- bridging the gap**

Einleitung und Begrüßung

(ggfs. Sehr geehrte Frau Präsidentin) Meine Damen und Herren, für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Europa ist ein umfassendes Angebot an Breitbandinfrastruktur und Breitbandanwendungen und -diensten unverzichtbar. Der Überwindung der Breitbandkluft, das heißt, der Anbindung von zur Zeit noch weniger entwickelten und / oder dünn besiedelten Regionen, fällt hier eine maßgebliche Rolle zu. Mit der gestern einstimmig angenommene Minister-Erklärung haben wir uns u. a. verpflichtet, bis zum Jahre 2010 - d. h. innerhalb der nächsten vier bis fünf Jahre - 90% der EU-Bürger den Zugang zu Breitbandanwendungen zu ermöglichen. Dies ist keine leichte Aufgabe und fordert erhebliche Anstrengungen.

Definition „Breitband“

Wenn es um Themen der Informationsgesellschaft geht, begegnet uns häufig der Begriff „Breitband“. Nun stellt sich aber die Frage: Was ist „Breitband“?

Eine eindeutige und präzise Definition für den Begriff „Breitband“ gibt es bislang nicht. Der Begriff ist weder geschützt, noch wird er international einheitlich verwendet.

Die in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2002 gegründete Breitbandinitiative - eine Diskussionsplattform von Wirtschaft, Politik und Verwaltung - zählt zu Breitband-Technologien solche Datenverbindungen, welche auf Basis des Internet Protokolls mit Übertragungsgeschwindigkeiten, die über jene von ISDN hinausgehen und somit mindestens 256 kbit/s im Download betragen. Dazu gehören derzeit beispielsweise Festnetz-Anschlüsse per DSL, TV-Breitband- und Glasfaserkabel oder - mit Einschränkungen - Datenübertragung mittels

Stromnetze (PLC) genauso wie mobile Verbindungen über UMTS, WLAN oder WIMAX.

Es gibt dazu allerdings keine feste Definition. So spricht man z. B. in Südkorea von einer Breitbandverbindung erst ab einer Datenübertragungsrate von 20 MBit/s !

Die Übertragungsgeschwindigkeiten spielen für Breitband-Verbindungen eine wichtige Rolle und bedeuten wesentlich mehr, als kürzere Ladezeiten von Internet-Inhalten. Schnelle Datenverbindungen ermöglichen zum einen völlig neue Dienstleistungen, beispielsweise im Gesundheitswesen oder in der öffentlichen Verwaltung. Zum anderen beschleunigen und verbessern sie Arbeitsprozesse und senken die Kosten – bei kleinen und mittleren Unternehmen genauso wie bei Konzernen. Und in Privathaushalten sorgt Breitband für neue Formen der Unterhaltung, der Information und der Aus- und Fortbildung.

Definition „Digitale Kluft“

Und damit komme ich zum Begriff „Digitale Kluft“. Was verstehen wir unter digitaler Kluft bzw. digitaler Spaltung?

Die Diskussion über eine Digitale Spaltung oder Teilung der Gesellschaft ist vor allem unter Zugangsaspekten geführt worden. Es ging dabei im Wesentlichen um den physischen Zugang zu Computern und das „Vernetztsein“ mit dem Internet. Diese Betrachtungsweise greift aber zu kurz.

Der Begriff „Digitale Kluft“ beschreibt nämlich die Tatsache, dass die Gesellschaft in Menschen, welche Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen und solche, die es nicht wollen bzw. nicht können, eingeteilt werden kann.

Drei Hauptgründe lassen sich als Ursache für diese Teilung der Gesellschaft identifizieren:

- die persönliche Befähigung
- der Stand der Ausbildung
- sowie nicht vorhandene Breitbandinfrastruktur.

Verbesserung der Situation

Die Beseitigung der geographischen digitalen Kluft - sprich der unterversorgten Gebiete - bedeutet nicht, dass alle Bürger über einen eigenen Zugang zum Internet verfügen müssen. Der Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnik kann auch über nutzerfreundliche, öffentlich zugängliche Internetzugangspunkten z. B. in Gemeinden und Kommunen erreicht werden. Hier können auch die speziellen Bedürfnisse für die ländliche Bevölkerung, für Senioren und für behinderte Bürger berücksichtigt werden sowie Lern- und Übungseinrichtungen bereitgestellt werden.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden Programme ins Leben gerufen, die sich speziell mit der Nutzung des Internets im ländlichen Raum befassen. Der Landbevölkerung Computer und Internet näher zu bringen, das ist erklärtes Ziel von Kursen wie „Vom Dorf in die Welt“.

Ein Schlüsselement im Zusammenhang mit dem Ausbau der Breitbandinfrastruktur scheint mir auch zu sein, dass bedarfsgerechte Inhalte und Anwendungen

geschaffen werden, um die Nachfrage bei potentiellen Nutzern zu wecken bzw. anzukurbeln. Es soll zwar niemand zu „seinem Glück“ gezwungen werden; gleichwohl kann das Angebot den Anwendern entgegenkommen, es ihnen gewissermaßen schmackhaft machen. Die Devise mit Blick auf die Versorgung mit Breitband lautete daher: „Pull not Push“. Wir brauchen Inhalte und Anwendungen, deren Nutzen klar erkennbar ist. Öffentliche Verwaltungen können mit ihren Inhalten als Beispiel für Attraktivität stehen.

Bei der Breitbandabdeckung wirken in erster Linie die Marktkräfte, unterstützt durch Innovationen, welche die Ausbreitung erleichtern. Es erscheint wichtig, dass die regionalen und lokalen Interessen berücksichtigt werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung und den regionalen und kommunalen Behörden in unterversorgten Gebieten ist hilfreich, um bedarfsgerechte Lösungen zu finden. Um einen Überblick über die Breitbandsituation zu erlangen, ist die Auflistung von bereits existierender Breitbandinfrastruktur hilfreich. So hat die Bundesrepublik Deutschland gute Erfahrungen mit der

Erstellung eines so genannten „Breitbandatlas“ gemacht, der den Versorgungsgrad innerhalb der Republik wiedergibt.

Alternative Anschlussmöglichkeiten

In manchen Gegenden - in der Regel im ländlichen Raum - stehen keine geeigneten Telefonkabel und auch keine TV-Kabelnetze für eine Breitbandübertragung zur Verfügung. Hier ermöglichen jedoch Funktechniken wie z. B. Fixed-Wireless Access nach dem WiMAX-Standard, Wireless LAN, UMTS- bzw. HSDPA-Netze oder DVB-T und DVB-S einen kostengünstigen Zugang zu Breitbandangeboten.

Die nahezu flächendeckend verfügbaren Stromnetze bieten - allerdings mit deutlichen Einschränkungen - über die „Powerline-Technik“ ebenfalls eine Möglichkeit der Versorgung mit Breitbandanwendungen. Bei dieser Technik treten allerdings Interferenzen auf, welche zum Teil zu starken und nicht tolerierbaren Störungen führen. Viel versprechend ist der WiMAX-Standard, da er durch seine relativ hohe Reichweite ein großes Potential zum

Schließen von Breitband-Versorgungslücken haben könnte. Die Entwicklung dieses Standards ist noch stark im Fluss. Gesicherte Aussagen über die tatsächlich erreichbaren Leistungsmerkmale liegen bisher noch nicht vor.

Die Kommission hat angeregt, durch die Einrichtung einer Informationsplattform den Austausch bewährter Verfahren im Breitbandbereich zu unterstützen. Unter Zuhilfenahme solch eines webbasierten Instruments wäre es möglich, „best practice“-Beispiele aus den einzelnen Mitgliedstaaten bereitzustellen. Solch eine Informationsplattform könnte von Kommunalbehörden, Wirtschaftsakteuren und anderen interessierten Kreisen als Anlaufstelle für den Informationsaustausch und zum Sammeln von Erfahrungen genutzt werden.

Finanzierung / Beihilfen

Abschließend noch ein Wort zur Finanzierung von Breitbandinfrastruktur in unterversorgten Gebieten.

Auch hier gilt, dass dort, wo staatliche Beihilfen geleistet werden, die privaten Initiativen nicht unterdrückt werden

oder den Wettbewerb verzerren dürfen. Erlauben Sie mir die ergänzende Bemerkung: Ich halte die strikte Anwendung der Beihilferegeln gerade auf dem Breitbandmarkt nachgerade für unentbehrlich.

Staatliche Fördermaßnahmen sollten als „ultima ratio“ betrachtet werden und sollten erst dann ins Auge gefasst werden, wenn sich abzeichnet, dass für einen bestimmten Teil von Haushalten, vornehmlich in abgelegenen Regionen, auch längerfristig kein Breitband-Internet zur Verfügung stehen wird. In diesen Fällen können zielgerichtete staatliche Beihilfen, z. B. im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften für die Unterstützung des Aufbaus von offenen Netzwerken, sinnvoll sein. Dabei dürfen aber keine Wettbewerbsstörungen hervorgerufen werden.

Hier sei auch auf die „Leitlinien für die Kriterien und Modalitäten des Einsatzes der Strukturfonds zur Förderung der Elektronischen Kommunikation“ verwiesen, welche die Kommission im Juli 2003 veröffentlicht hat.

Dass auch unter Beachtung dieser Voraussetzungen eine öffentliche Förderung möglich ist, zeigt die positive Haltung der Kommission gegenüber einer Reihe von Breitbandprojekten, welche in den vergangenen Jahren in Mitgliedstaaten durchgeführt bzw. genehmigt wurden.

Schluss

(ggf. Frau Präsidentin), Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass uns diese Konferenz beim weiteren Ausbau der digitalen Integration einen Schritt nach vorne bringen wird, damit möglichst viele Unionsbürger an der Informationsgesellschaft teilhaben können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.